
Rechtliche Rahmenbedingungen bei der Straßenbeleuchtung

EFA – Energie für Alle Woche – Der Energiewendekongress
Pfaffenhofen, 18.04.2013

Rechtsanwalt Eric H. Glattfeld

- BBH gibt es als Sozietät seit 1991.
- Wir sind eine Partnerschaft von Rechtsanwälten, Wirtschaftsprüfern und Steuerberatern - mit Ingenieuren und weiteren Experten in unserer BBH Consulting.
- Über 450 Mitarbeiter, darunter mehr als 200 Berufsträger, arbeiten für Sie.
- Wir betreuen über 3.000 Mandanten, davon mehr als 500 Stadt- und Gemeindewerke und mehr als 300 Kommunen.
- Wir sind die führende Kanzlei für die Energie- und Infrastrukturwirtschaft.
- BBH ist bekannt als „die“ Stadtwerke-Kanzlei. Tatsächlich sind wir das. Wir sind aber auch viel mehr. In Deutschland und auch in Europa.
- Die dezentralen Versorger, die Industrie, Verkehrsunternehmen, Investoren, Intermediäre sowie die Politik, z. B. die Europäische Kommission, die Bundesregierung, die Bundesländer und die öffentlichen Körperschaften u. v. a. m. schätzen BBH.

Eric Glattfeld, Rechtsanwalt



Eric H. Glattfeld
Rechtsanwalt



Kontakt:

eric.glattfeld@bbh-online.de

Tel.: 089/23 11 64-204

- Geboren 1980 in Calw (Baden-Württemberg)
- 2001 bis 2006 Studium der Rechtswissenschaften an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Université de Lausanne und Ludwig-Maximilians-Universität München; in dieser Zeit Mitarbeiter bei Hr. Prof. Dr. Schulze-Fielitz, bei Hr. Prof. Dr. Rieble und bei Hr. Prof. Dr. Lehmann, Dipl.-Kfm.
- 2007 bis 2009 Referendariat im Bezirk des OLG München mit Wahlstation beim Vorsitzenden des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages in Berlin
- 2007 bis 2008: Referendar bei Weil, Gotshal & Manges LLP und Reed Smith LLP
- 2009 Rechtsanwaltszulassung und Weiterbildung zum Wirtschaftsmediator
- 2010 Rechtsanwalt in mittelständischer Kanzlei in München
- Promotion als Promotionsstipendiat der Hanns-Seidel-Stiftung an der Europa-Universität-Viadrina Frankfurt/O. bei Hr. Prof. Dr. Heinrich Amadeus Wolff zu einem öffentlich-rechtlichen Thema (noch laufend)
- Seit 2011 Rechtsanwalt bei BBH München

Tätigkeitsschwerpunkte: Allgemeines Energiewirtschaftsrecht und Recht der Straßenbeleuchtung

- I. Ausgangssituation der öffentlichen Straßenbeleuchtung
- II. Möglichkeiten zur Neuordnung der Straßenbeleuchtung
- III. Fazit

- I. Ausgangssituation der öffentlichen Straßenbeleuchtung
- II. Möglichkeiten zur Neuordnung der Straßenbeleuchtung
- III. Fazit

I. Ausgangssituation der öffentlichen Straßenbeleuchtung

- Technische Ausgangssituation
- Wirtschaftliche Ausgangssituation
- Rechtliche Ausgangssituation
- Exkurs: Die Beleuchtungspflicht

Technische Ausgangssituation

Überalterte Anlagen

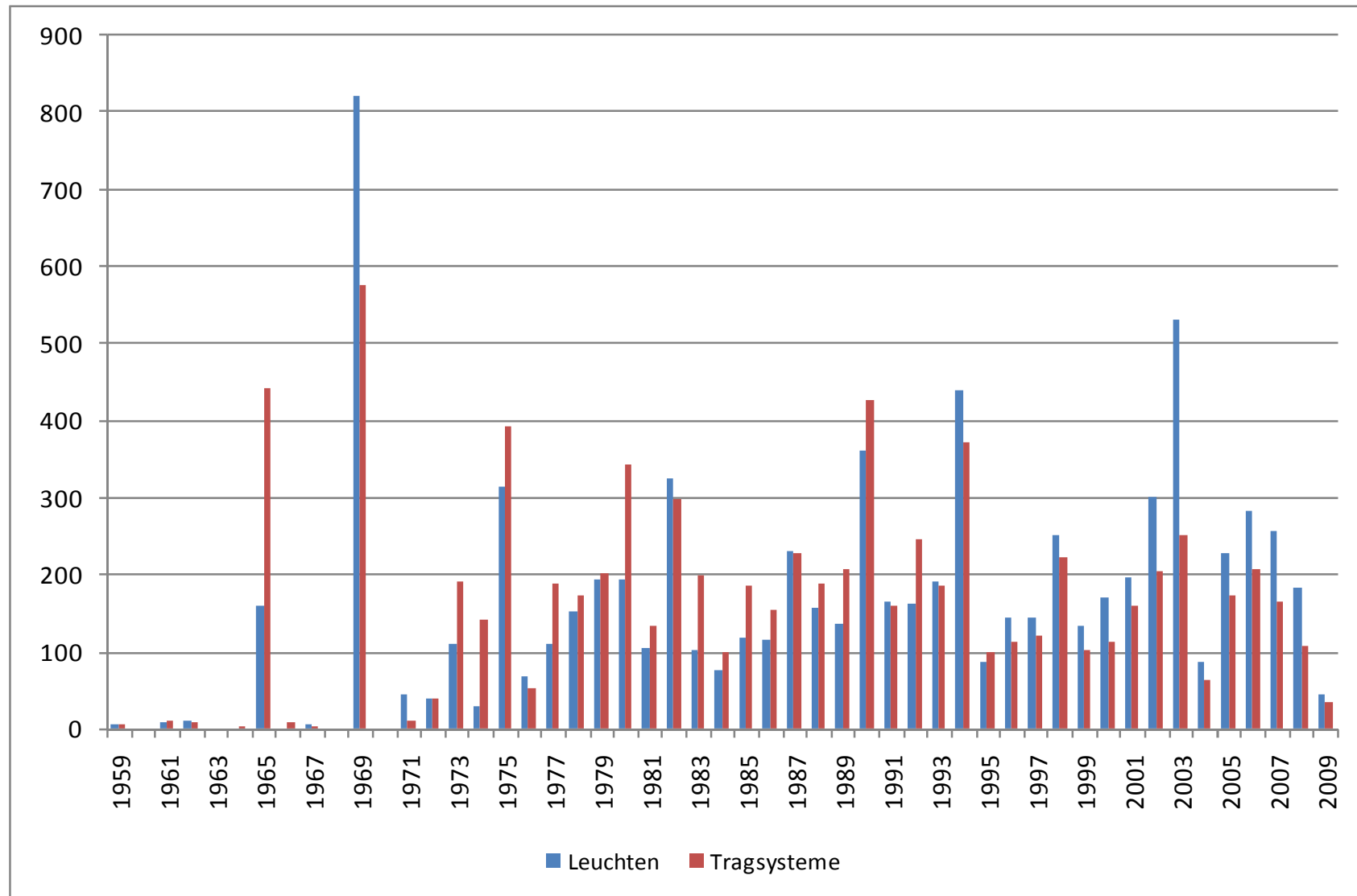


Peitschenleuchte: 60er Jahre



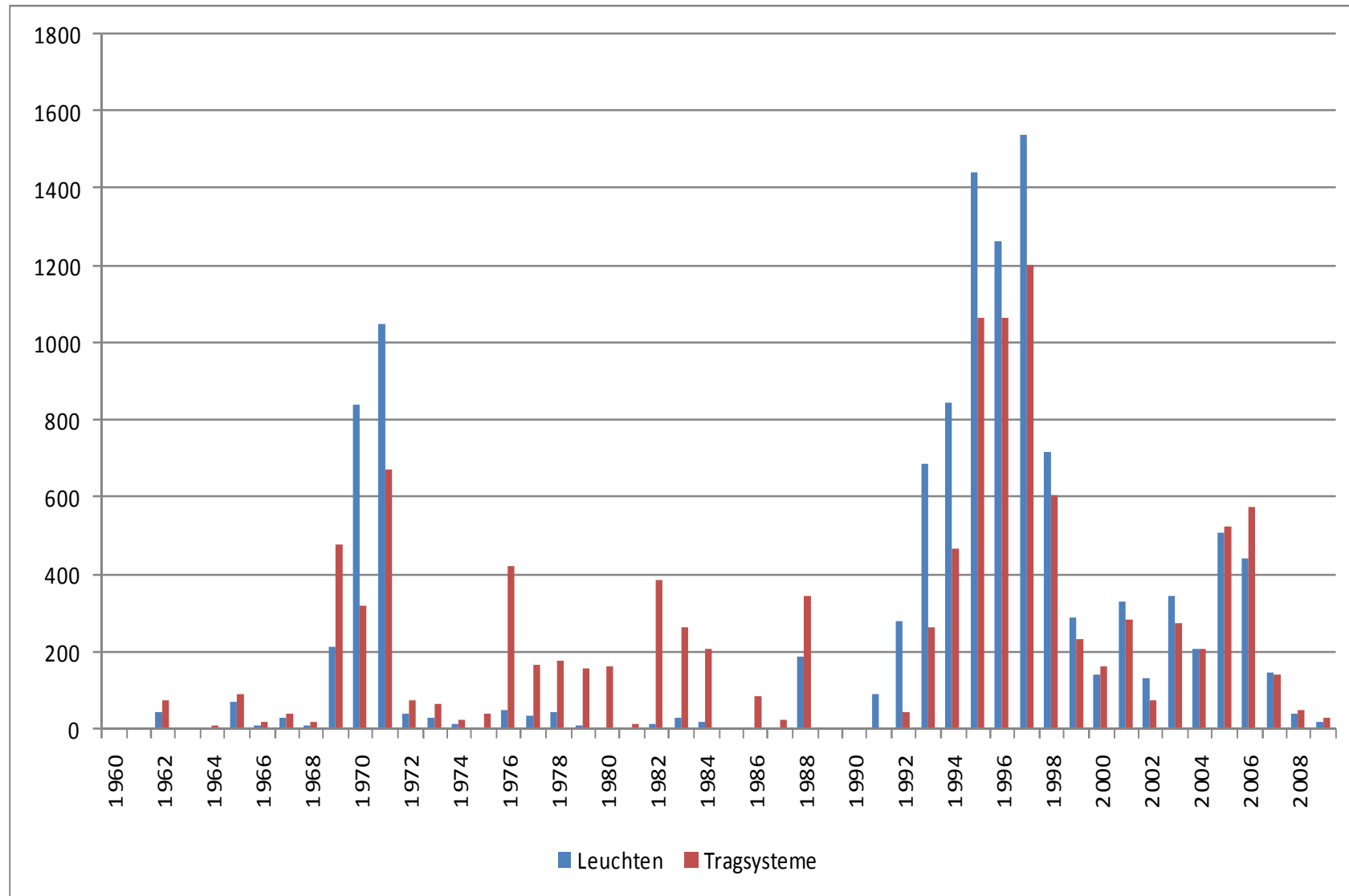
Pilzleuchte: 60er Jahre

Typischer Lebensbaum einer Straßenbeleuchtungsanlage (West)



Rechtliche Rahmenbedingungen bei der
Straßenbeleuchtung

Typischer Lebensbaum einer Straßenbeleuchtungsanlage (Ost)

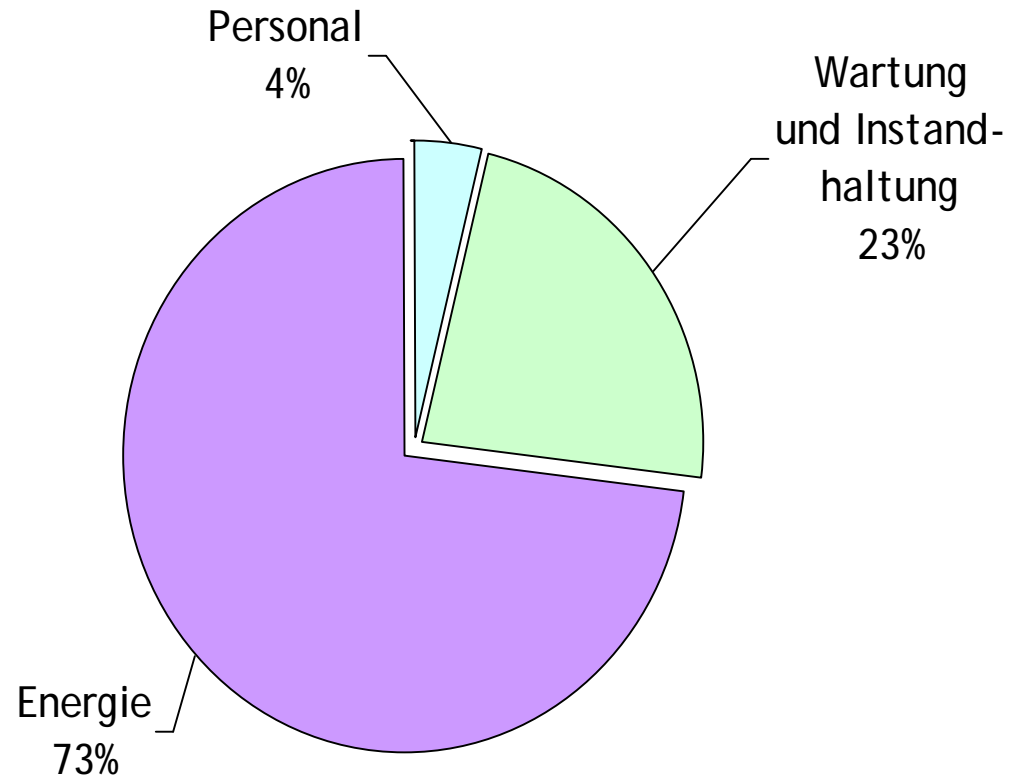


Rechtliche Rahmenbedingungen bei der
Straßenbeleuchtung

Wirtschaftliche Ausgangssituation

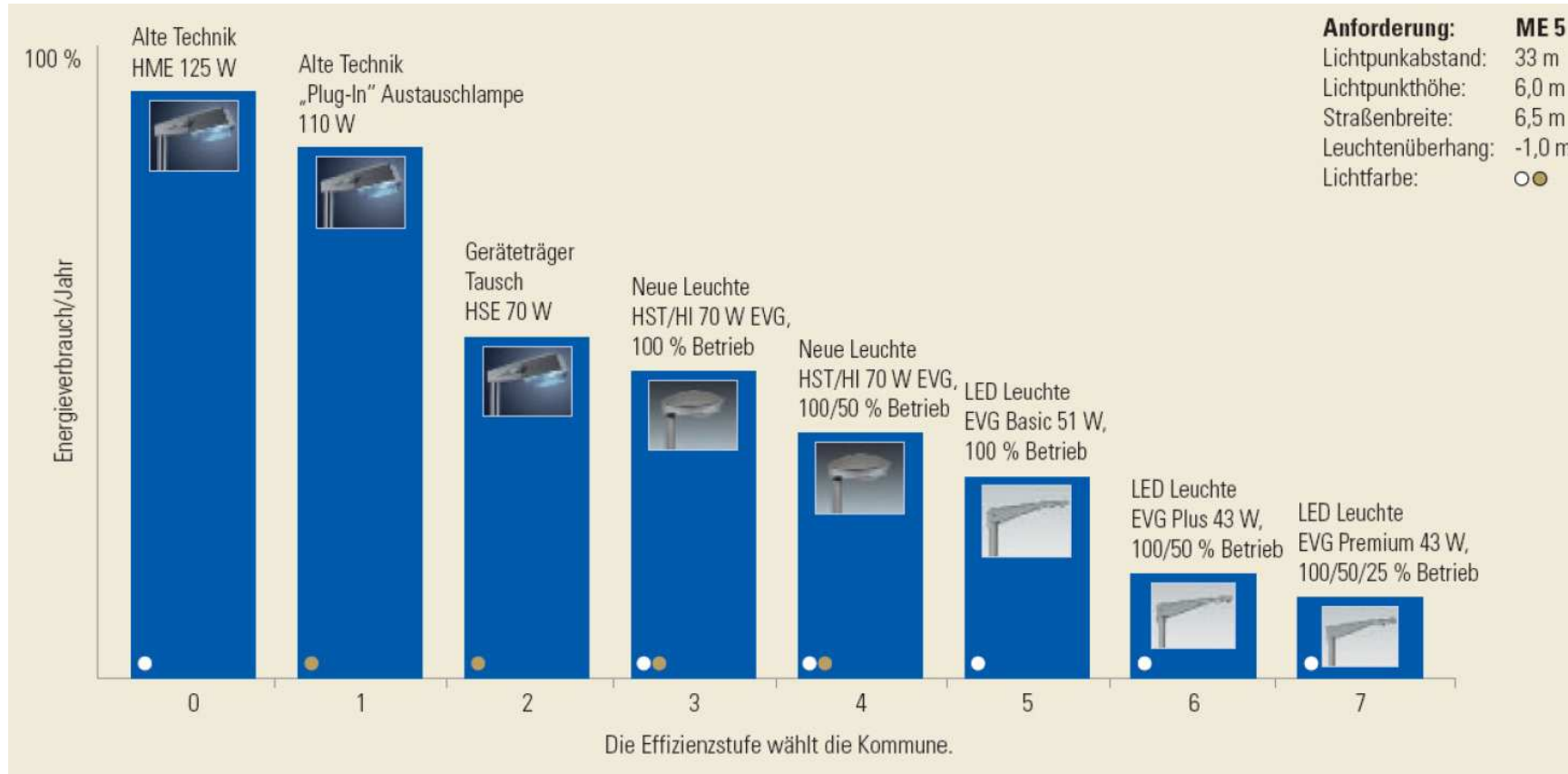
- **Investitionskosten aus Ökodesignrichtlinie**
- **Energiebeschaffungskosten**
 - Strompreis (Wettbewerbspreis)
 - Stromsteuer (20,50 Euro/MWh)
 - EEG-Umlage (5,277 Ct/kWh)
 - Netzentgelte (ortsabhängig)
 - KWKG-Umlage (0,02 Ct/kWh)
 - Konzessionsabgabe Umsatzsteuer (19 %)
 - § 19 Abs. 2 StromNEV-, Offshore-, AbschaltVO-Umlage
- **Wartungs-, Instandsetzungs-, Erneuerungs-, Neubaukosten**
- **Verwaltungs-/Personalkosten für Betrieb/Organisation**

Hoher Anteil der Energiekosten

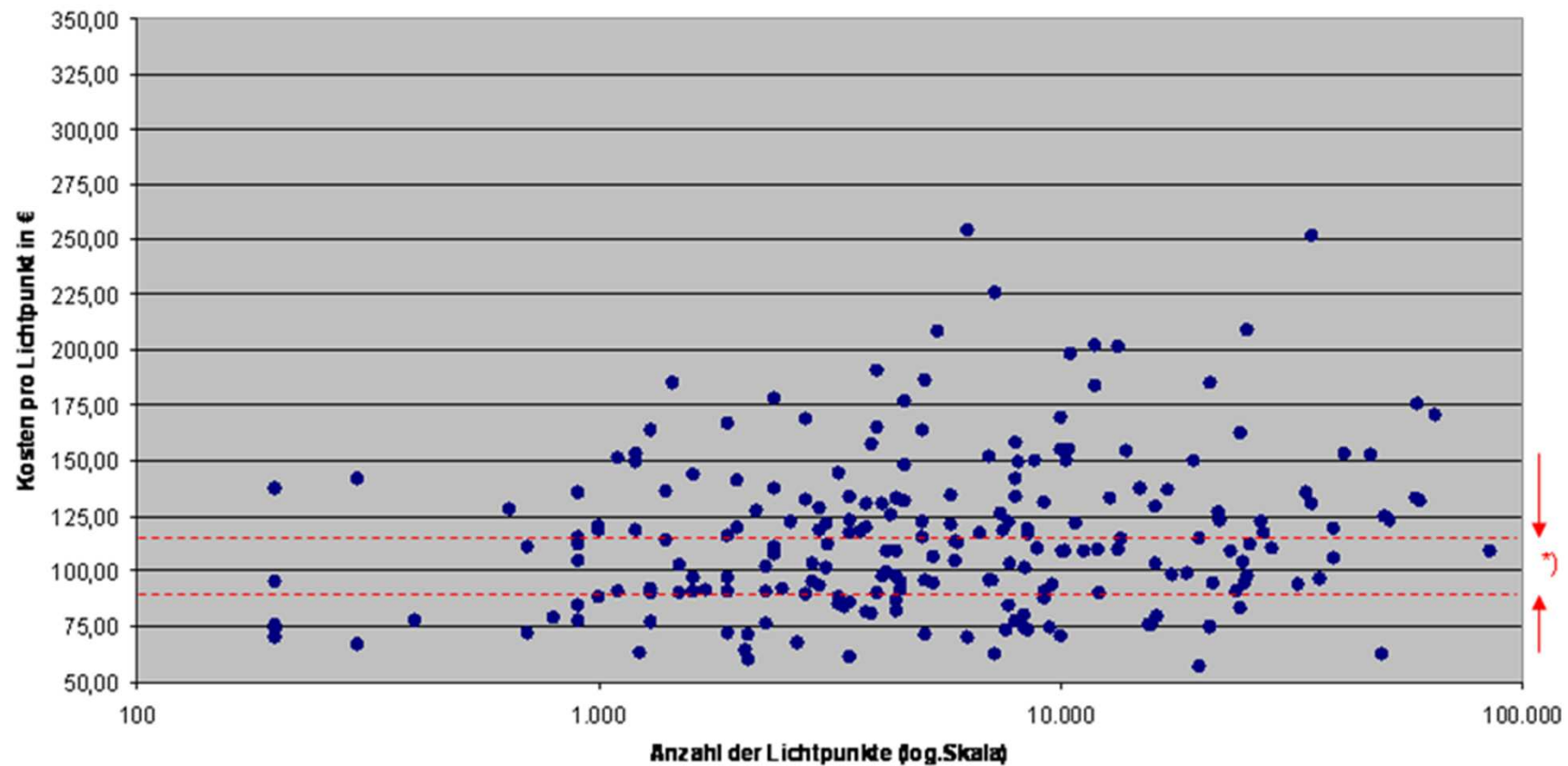


Rechtliche Rahmenbedingungen bei der
Straßenbeleuchtung

Kostensenkung durch Energieeinsparung



Ausgaben deutscher Kommunen für die Öffentliche Beleuchtung in Euro pro Lichtpunkt (130 erfasste Kommunen)

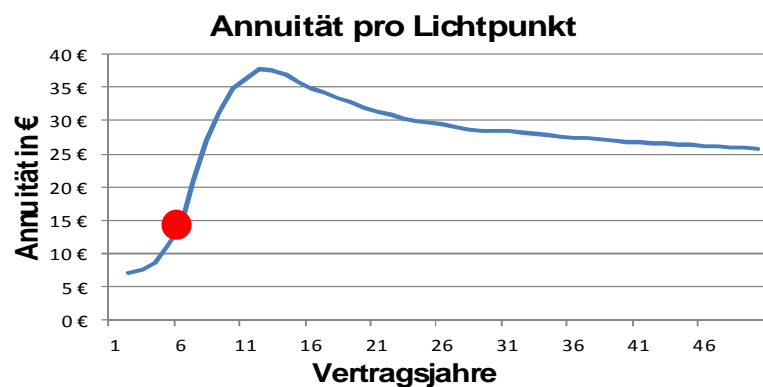
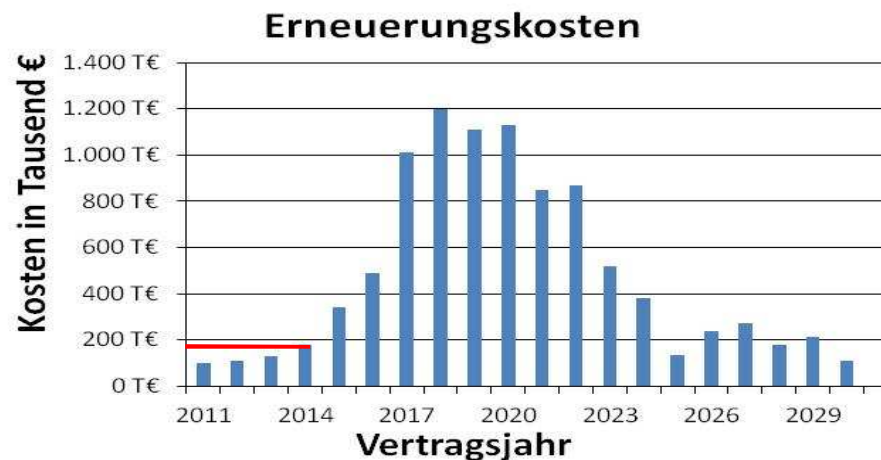
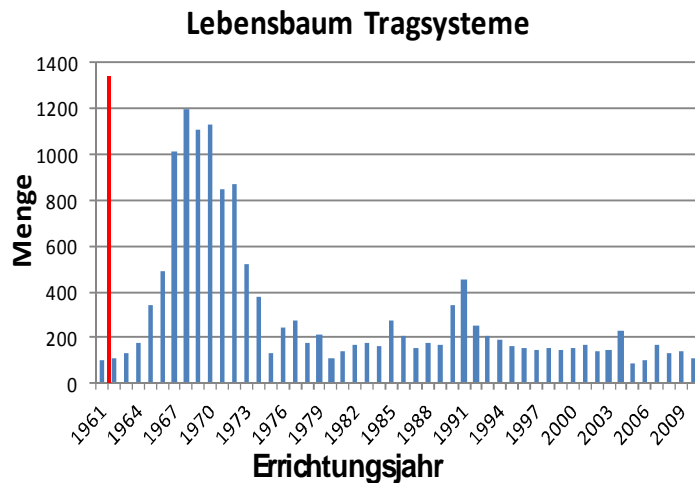


*) Bandbreite realer Marktpreise im Ergebnis öffentlicher Ausschreibungen, in Abhängigkeit vom Leistungsumfang

Rechtliche Rahmenbedingungen bei der
Straßenbeleuchtung

- **Uneinheitliches Leistungsbild**
 - Betrieb, Instandhaltung, Erneuerung/Ersatzneubau, Energielieferung, etc.
- **Uneinheitliche Höhe des Beleuchtungsentgelts**
 - von 50 Euro/Lichtpunkt bis über 200 Euro/Lichtpunkt
- **Uneinheitlicher Anlagenzustand**
 - Regelmäßig letzter großer Investitionsschub in den 70er Jahren
 - Seitdem häufig keine bestandserhaltenden Investitionen
 - Vgl. betriebsübliche Nutzungsdauern von 30 bzw. 50 Jahren
 - Großer Unterschied zwischen alten und neuen Bundesländern

Einfluss des Lebensbaumes auf die zukünftigen Aufwendungen



Annahmen

Tragsysteme:	15.000 Stk.
Investition pro Tragsystem:	1.000 €
Kalkulationszinssatz:	5%
Annuität pro Lichtpunkt:	31,96 €
Annuität gesamt:	479.000 €

Rechtliche Rahmenbedingungen bei der
Straßenbeleuchtung

Rechtliche Ausgangssituation

- **Handlungsbedarf beim Betrieb der öffentlichen Beleuchtung**
 - Zahlreiche auslaufende Altverträge
 - Hoher Investitionsbedarf aufgrund Anlagenüberalterung & europäischem Lampenverbot
 - Effizienzsteigerung durch Einsatz moderner Technik
- **Problem: Bistlang oftmals Kopplung von Beleuchtungsvertrag und Stromkonzessionsvertrag**
 - Wie kann der Beleuchtungsvertrag rechtssicher abgeschlossen werden?
 - Wie werden negative Auswirkungen auf das Verfahren zur Vergabe der Stromkonzession vermieden?
 - Wer ist und wer soll Eigentümer der Beleuchtungsanlagen werden?

Gleichlauf von Konzessions- & Beleuchtungsvertrag (1)

- **Stromkonzessionsvertrag**
 - Zivilrechtlicher Wegenutzungsvertrag mit denen die Kommunen Netzbetreibern die Verlegung und den Betrieb von örtlichen Stromverteilnetzen in ihren Wegegrundstücken gestatten
 - Regelung in § 46 Abs. 2 EnWG
- **Straßenbeleuchtungsvertrag**
 - Zivilrechtlicher Werk- und Dienstleistungsvertrag über den Betrieb der örtlichen Straßenbeleuchtungsanlage
 - Uneinheitliches Leistungsbild (Betrieb, Wartung, Instandhaltung, Erneuerung etc.)
 - Oftmals separater Stromliefervertrag bzw. „Lichtliefervertrag“

Gleichlauf von Konzessions- & Beleuchtungsvertrag (2)

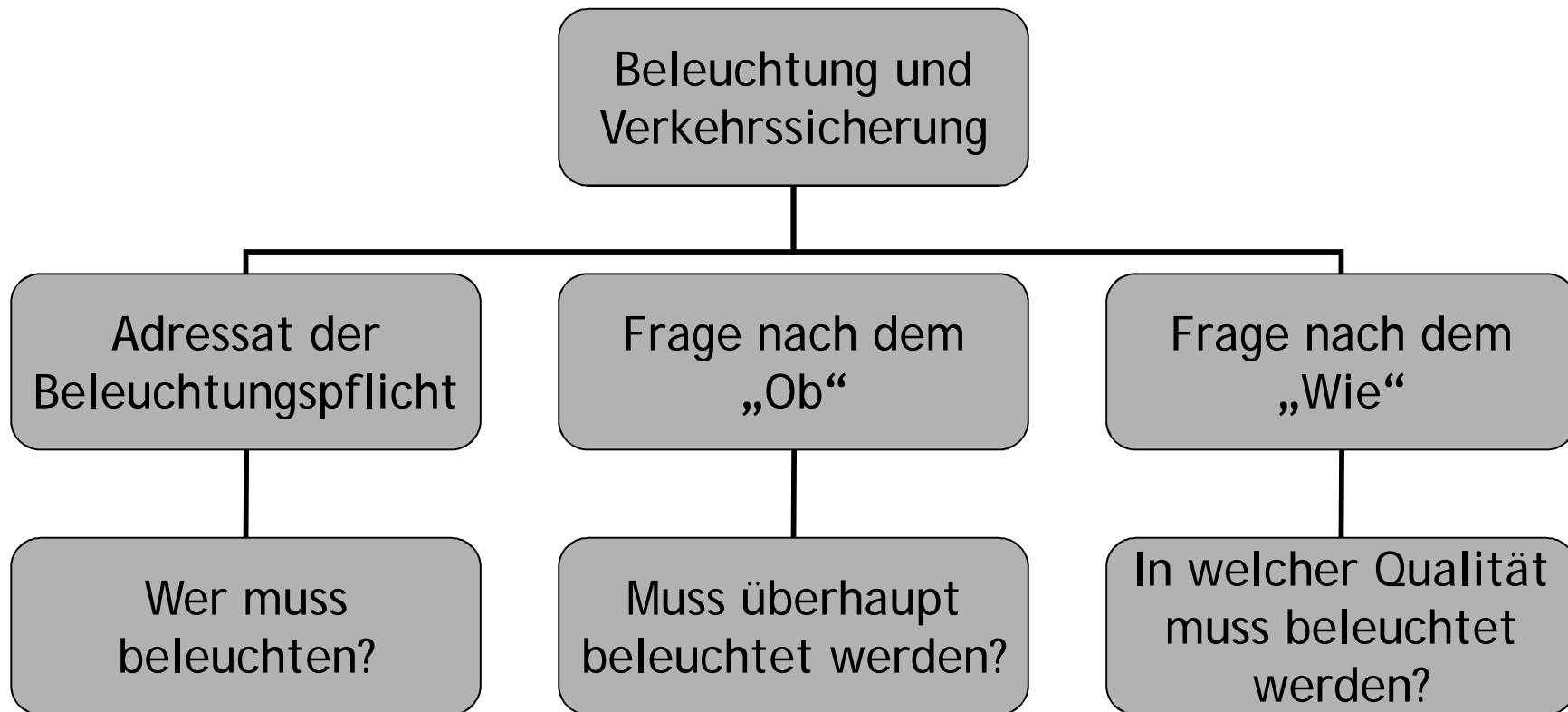
- **Koppelung von Stromkonzessions- und Straßenbeleuchtungsvertrag**
 - Vertragslaufzeiten oftmals gekoppelt
 - Endet der Konzessionsvertrag, endet auch der Beleuchtungsvertrag
- **Ansonsten zwei selbstständige Verträge mit ggf. unterschiedlichen Endschaftsbestimmungen**
- **Technische Verflechtung Straßenbeleuchtung / Stromnetz**
 - Variante 1: Anschluss an allg. Netz straßenzugsweise über Schaltschrank
 - Variante 2: Anschluss direkt an allg. Netz
 - Variante 3: Eigenes Beleuchtungsnetz
 - ➔ **Abgrenzung** Netz der allgemeinen Versorgung und „Beleuchtungskabel“

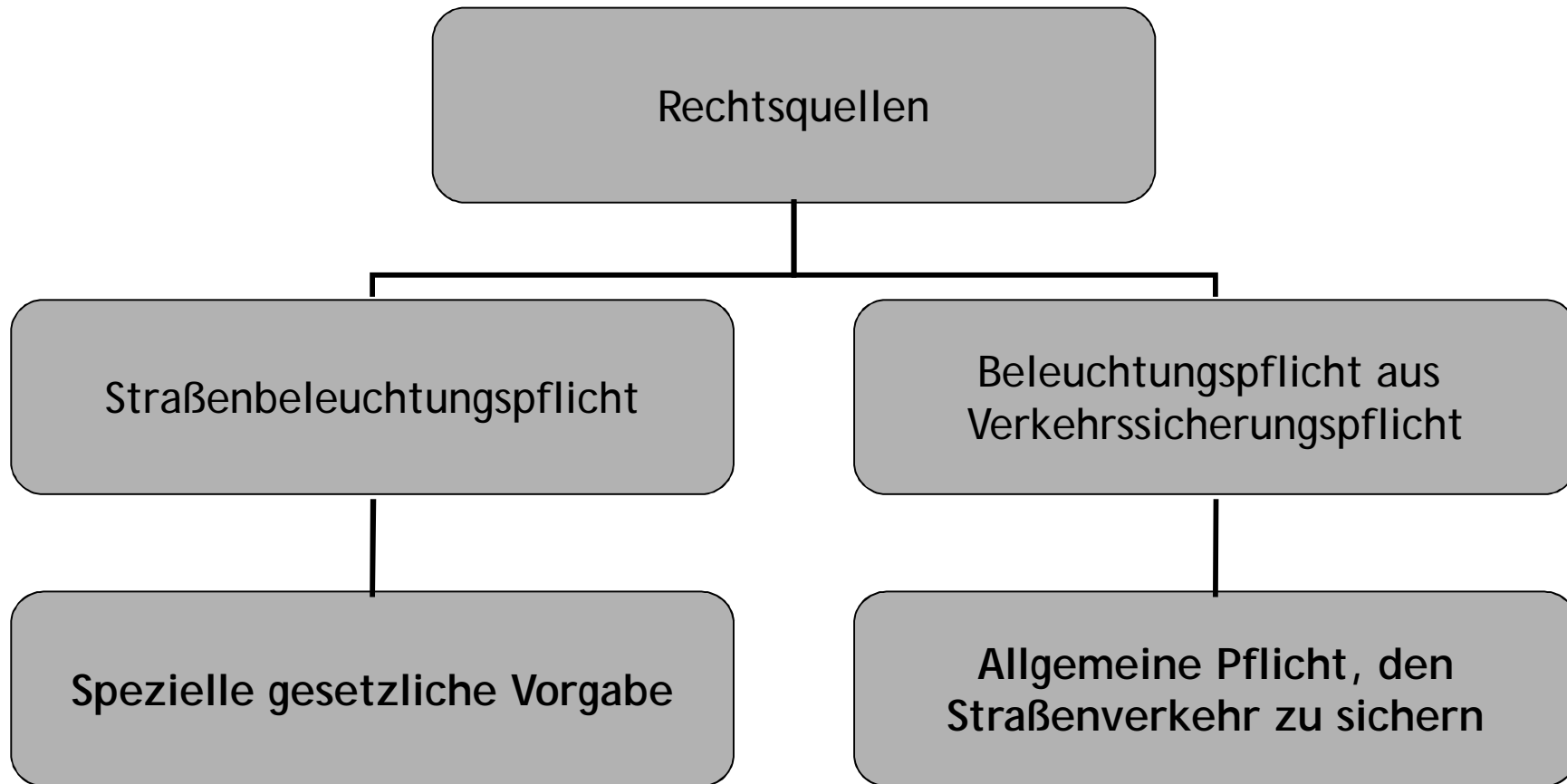
Exkurs: Die Beleuchtungspflicht

- **Gemeindliche Allzuständigkeit für die Beleuchtung von Straßen, Wegen und Plätzen nach dem Bayerischen Straßen- und Wegegesetz (BayStrWG)**
 - Förderung der allgemeinen öffentlichen Sicherheit und Ordnung
 - Förderung des kulturellen und wirtschaftlichen Gemeindelebens

- **Verkehrssicherungspflicht (VSP)**
 - Verminderung von Gefahren im Rahmen der Benutzung von Verkehrswegen

- Beleuchtungs- und Verkehrssicherung





Rechtsgrundlagen einer ausdrücklichen Beleuchtungspflicht

- Bundesfernstraßengesetz (-)
- **Straßengesetz in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Sachsen (+)**
- Straßengesetze in den übrigen Bundesländern (-)
- Allzuständigkeit der Gemeinden (-)
- Straßenbaulast (-)
- **Straßenverkehrssicherungspflicht (+)**

Art. 51 Abs. 1 Satz 1 Gemeindliche Beleuchtungspflicht

Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung haben Gemeinden **innerhalb der geschlossenen Ortslage nach ihrer Leistungsfähigkeit die öffentlichen Straßen zu beleuchten** (...).

- I. Ausgangssituation der öffentlichen Straßenbeleuchtung
- II. Möglichkeiten zur Neuordnung der Straßenbeleuchtung
- III. Fazit

Möglichkeiten zur Neuordnung der Straßenbeleuchtung

- Verfahren zur Vergabe der Stromkonzession
- Verfahren zum (Neu-) Abschluss des Straßenbeleuchtungsvertrages
- Bedeutung der Eigentümerstellung
- Exkurs: Europäische Lampenverbote

Verfahren zur Vergabe der Stromkonzession

- **Verfahren zur Vergabe der Stromkonzession**
 - Es handelt sich um eine sog. Dienstleistungskonzession und damit nicht um einen „öffentlichen Auftrag“
 - Das formelle Vergaberecht ist daher nicht anwendbar
 - Das Verfahren richtet sich nach § 46 EnWG und den Vorgaben der Gerichte und Kartellbehörden

- **Rechtsfolgen der Konzessionsvergabe**
 - Mit Auswahl des Vertragspartners wählen die Kommunen den örtlichen Stromnetzbetreiber aus
 - Bei Wechsel Stromnetzbetreibers hat neuer Netzbetreiber Anspruch auf Übereignung der für die Versorgung des Gemeindegebiets „notwendigen“ Verteilungsanlagen gegen Zahlung einer „angemessenen Vergütung“
 - Regelungen in § 46 Abs. 2 Satz 2 EnWG und § 3 Abs. 2 Nr. 2 KAV

Verfahren zum (Neu-) Abschluss des Straßenbeleuchtungsvertrages

- **Ausschreibungspflicht bei (Neu-) Abschluss des Beleuchtungsvertrages?**
 - Kommune ist als Gebietskörperschaft öffentlicher Auftraggeber, § 98 Nr. 1 GWB
 - Vertrag über den Betrieb der Straßenbeleuchtung ist ein entgeltlicher Vertrag mit einem Unternehmen und damit ein öffentlicher Auftrag, § 99 Abs. 1 GWB
 - Keine Ausnahmen von der Ausschreibungspflicht
- **Rechtsfolge bei Verstoß gegen die Ausschreibungspflicht**
 - Unwirksamkeit bei Direktvergabe, § 101b Abs. 1 GWB
 - Feststellung im Nachprüfungsverfahren, § 101b Abs. 2 GWB
 - Frist: 30 Kalendertage ab Kenntnis, § 101b Abs. 2 S. 1 GWB
 - Spätestens 6 Monate nach Vertragsschluss, § 101b Abs. 2 S. 1 GWB

- **Einordnung als Dienstleistungsvertrag**
 - Straßenbeleuchtungsverträge sind in der Regel Dienstleistungsverträge, § 99 Abs. 1 und Abs. 4 GWB
 - Erneuerung und Verbesserungsmaßnahmen sind keine isolierten Bauaufträge sondern Teil der Gesamtleistung
 - Geschuldet ist die Beleuchtung
 - Fiktion in § 99 Abs. 7 S. 2 GWB bei Haupt- und Nebenleistung
- **Schwellenwert von 200.000 Euro, § 2 Nr. 2 VgV**
 - Geschätzte Gesamtvergütung (in max. 48 Monate), § 3 Abs. 1 und Abs. 4 Nr. 2 VgV
 - Oftmals bereits im ersten Vertragsjahr überschritten
- **Bei Unterschwellenvergabe ist zumindest kommunales Haushaltsrecht zu beachten (Wertgrenze in Bayern bei 30.000 Euro)**

- **Voraussetzungen einer sog. „Inhouse-Vergabe“:**
 - Kontrolle wie über eigene Dienststelle
 - Verrichtung wesentlich für Auftraggeber
 - EuGH-Entscheidung: „Teckal“ (Urteil vom 18.11.1999 – Rs. C-107/98 – EuZW 2000, 246 ff.)

- **Ausschlusskriterien:**
 - Minderheitsbeteiligung Privater
 - Umwandlung in Aktiengesellschaft, Öffnung für Fremdkapital
 - Erhebliche Ausweitung des Tätigkeitsbereichs
 - OLG Hamburg, Beschluss vom 14.12.2010 – 1 Verg 5/10 – und OLG Frankfurt a. M., Beschluss vom 30.08.2011 – 11 Verg 3/11 –

- **Konzessionsverfahren: Nebenleistungsverbot nach § 3 KAV**
 - Verbot von Leistungen neben oder anstelle von Konzessionsabgaben für die Gewährung von Wegerechten
 - Insbesondere Verbot von Finanz- oder Sachleistungen die unentgeltlich oder zu einem Vorzugspreis gewährt werden
 - Bei Verstoß gegen das Nebenleistungsverbot droht die Nichtigkeit des Konzessionsvertrages, § 19 Abs. 1 GWB i.V.m. § 134 BGB
- **Folgerungen für das Verfahren zur Vergabe der Stromkonzession**
 - Trennung von Konzessions- und SBV-Abschlussverfahren rechtssicher
 - Verfahren zur Vergabe der vor Neuvergabe des SBV
 - Eigenständige Ausschreibungspflicht für Betrieb der öffentlichen SB
- **Folgerungen für das Verfahren zum Neuabschluss des SBV**
 - Vorherige Vergabe der Stromkonzession führt regelmäßig zu einem Auslaufen des alten Straßenbeleuchtungsvertrages
 - In der Praxis werden Beleuchtungsanlagen zumeist durch bisherigen Anlagenbetreiber auch ohne vertragliche Grundlage weiterbetrieben
 - Haftungsrisiken im vertragslosem Zustand sollten durch kurze Interimsvereinbarungen vermieden werden; VergabeR zumeist (-)

Bedeutung der Eigentümerstellung

- **Unterschiedliche Ausgangslagen**
 - Eigentum bei bisherigem/aktuellem Betreiber
 - Eigentum bei der Kommune
- **Handlungsoptionen**
 - Var. 1: Kommune bleibt oder wird Eigentümer
 - Var. 2: Neuer Betreiber erwirbt Eigentum von Kommune oder Alt-Betreiber
- **Grds.: Für den Betrieb der öffentlichen Beleuchtung ist das Eigentum weder erforderlich noch schädlich**
 - Auch bei KAG-Erhebung
 - Anders ggf. bei Fördermitteln

- **Vergaberecht:** Zukünftig keine Ausschreibungspflicht bei Eigentum Betreiber?
 - Eigentum als ausschließliches Recht nach § 3 EG Abs. 4 lit. c VOL/A: „Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb“
 - Gilt dies auch, wenn der Kommune ein Recht, zum Erwerb der Beleuchtungsanlagen bei Vertragsende zusteht?

- **Option 1: Kauf und Eigentumsübertragung**
 - Beleuchtungsanlagen gg. Zahlung Kaufpreis
 - Abtretung aller Mängelhaftungs-, Schadenersatz- und sonstiger Ansprüche
 - Veräußerungs- und Belastungsverbot
 - Endschaftsbestimmung: Rückübertragung, Preis
- **Option 2: Einbringungsvertrag**
 - Keine Kaufpreiszahlung, Einbringung in Gesellschaftskapital
- **Sonderproblem: Erwerb vom Altbetreiber**
 - Endschaftsbestimmung aus Altvertrag prüfen
 - Vermeidung Doppelzahlung (Investitionszuschüsse, BKZ, ...)
 - Entflechtungskosten

Exkurs: Europäische Lampenverbote

Europäische Lampenverbote

Lampen-Typ	Verbotsjahr
100-Watt-Glühbirnen	2009
Halophosphat Fluoreszenz Lampen	2010
Natriumdampf-Plug-in Lampen, Plug-in Lampen müssen Super/Plus HPS Level entsprechen → nahezu alle Plug-in/Retrofit Lampen werden verboten	2012
T12 Fluoreszenz Lampen	2012
Natriumdampfhochdruck HPS / Halogenmetalllampen MH → schwache Halogen-Metalllampen mit Edisonsockel (MH E27/E40) → Natriumdampfhochdrucklampen (HPS Standard Qualität E27/E40)	2012
Quecksilberdampf lampen (HPM) HQL	2015
Halogen-Metalllampen mit Edisonsockel (MH E27/E40), die weniger gut performen	2017

- I. Ausgangssituation der öffentlichen Straßenbeleuchtung
- II. Möglichkeiten zur Neuordnung der Straßenbeleuchtung
- III. Fazit

- **Vorsicht bei paralleler Vergabe von Beleuchtungsvertrag und Konzessionsverfahren**
 - Prüfung Nebenleistungsverbot, § 3 KAV
- **Jede Neugestaltung der öffentlichen Beleuchtung bedarf eines ganzheitlichen Ansatzes**
 - **Technisch:** Analyse der Ausgangslage mit Netzstruktur und Investitionsbedarf
 - **Wirtschaftlich:** Wertermittlung der Anlagen, Stromkosten, steuerliche Behandlung
 - **Rechtlich:** Gestaltung Beleuchtungsvertrag, Vergabeverfahren, etc.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Ansprechpartner:
Eric H. Glattfeld, Rechtsanwalt und Wirtschaftsmediator

BBH
Becker Büttner Held

Rechtsanwälte · Wirtschaftsprüfer · Steuerberater

BBH Berlin
Magazinstraße 15-16
10179 Berlin
Tel.: 030 611 28 40 0
Fax: 030 611 28 40 99
berlin@bbh-online.de

BBH Brüssel
Avenue Marnix 28
1000 Brüssel/Belgien
Tel.: +32 2 204 44 00
Fax.: +32 2 204 44 99
bruessel@bbh-online.be

BBH Hamburg
Kaiser-Wilhelm-Str. 93
20355 Hamburg
Tel.: 040 341 069 0
Fax: 040 341 069 22
hamburg@bbh-online.de

BBH Köln
KAP am Südkai
Agrippinawerft 30
50678 Köln
Tel.: 0221 6 50 25 0
Fax: 0221 6 50 25 299
koeln@bbh-online.de

BBH München
Pfeufferstraße 7
81373 München
Tel.: 089 23 11 64 0
Fax: 089 23 11 64 570
muenchen@bbh-online.de

BBH Stuttgart
Industriestraße 3
70565 Stuttgart
Tel.: 0711 722 47 0
Fax: 0711 722 47 499
stuttgart@bbh-online.de

www.bbh-online.de
www.DerEnergieblog.de